



Beschluss des Studierendenparlamentes vom 11.12.2014

Für die Ausfinanzierung der Hochschulen zum allgemeinen Wohl – weiter geht's!

Der hochschul- und gruppenübergreifende Sternmarsch der Hamburger Hochschulen „Für die Ausfinanzierung der Hochschulen zum allgemeinen Wohl“ am 9. Dezember 2014 hat die Zielsetzung der Hochschulmitglieder zum Ausdruck gebracht, mit der Wissenschaft zur humanen Entwicklung beizutragen. Diese verantwortliche Bestimmung von Bildung und Wissenschaft sowie ihrer Institution stand im Mittelpunkt der Demonstration. Die Demonstration von rund 4000 Menschen aus allen Mitgliedergruppen und allen Hochschulen haben eine neue Etappe für die Entwicklung gemeinsamer Ansprüche und Aktivitäten sowie Solidarität eingeleitet – weiter geht's!

Im Wesentlichen geht es dabei um eine Demokratisierung der Wissenschaftsinstitutionen, eine grundlegende Studienreform für kooperatives Lernen zur Bildung mündiger Menschen, um die weitere soziale Öffnung der Hochschulen und um die Förderung kritischer Wissenschaft. Dafür ist eine ausreichende öffentliche Grundfinanzierung ebenso unerlässlich wie das gemeinsame Eintreten dafür.

Die Unterfinanzierungs- und Kürzungspolitik hat in den Hochschulen großen Schaden angerichtet. Um die künstlich verknüpften Mittel stehen die Hochschulmitglieder ständig in Konkurrenz zueinander. Ob Arbeitsplatz, Studienplatz, Forschungsmittel, Raumvergabe etc., überall soll die Angst vor „Versagen“ und damit Ausgrenzung aus der erstritten demokratischen Körperschaft Hochschule gelten. Diese Politik ist zum Schaden aller Menschen, denn sie schränkt die Hochschulen in der Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, Wissenschaft im Dienst des Menschen zu betreiben, erheblich ein.

Mit gemeinsamen Aktivitäten im heißen Herbst entwickeln die Unimitglieder eine oppositionelle Kultur der Solidarität weiter. Sie haben sich dafür auf das Ziel Wissenschaft für eine global nachhaltige und menschenfreundliche Entwicklung verständigt und dafür erforderliche hochschulpolitische Reformen formuliert und begonnen.

Diese solidarischen Aktivitäten sind wirksam.

Alle Versuche des Hamburger Senats und der Behörde für Wissenschaft und Forschung die Hochschulmitglieder, mit Drohungen und Erpressungen von der Beteiligung an den solidarischen Aktivitäten für Verbesserungen abzuhalten, weist das Studierendenparlament entschieden zurück. Der Versuch des Senats, durch Kriminalisierung von Mitbestimmungsrechten der Personalversammlungen die Hochschulmitglieder einzuschüchtern, zeigt, dass der Senat mit seiner Politik der Kürzungen im öffentlichen Bereich durch die Aktivitäten aus den Hochschulen immer stärker in Bedrängnis gerät und keinerlei überzeugende Begründung für die Politik liefern kann. Wem nichts mehr bleibt als Erpressungsversuche, hat keine politische Souveränität.

Das Studierendenparlament will zur Weiterentwicklung und Verallgemeinerung der Solidaritätskultur in den Hochschulen beitragen, durch u.a. Fortführung der Aktivitäten aus dem Heißen Herbst, sowie durch gruppen- und hochschulübergreifende Verständigung in Gremien, Veranstaltungen und Vollversammlungen. Das Studierendenparlament beschließt für Donnerstag, den 8. Januar 2015 eine Vollversammlung und bittet die anderen Mitgliedergruppen sowie den Akademischen Senat, sich der Vollversammlung anzuschließen für eine gruppenübergreifenden Verständigung über vergangene und zukünftige Aktivitäten.

Das Studierendenparlament sieht sich in der Verantwortung, das Schuldenbremsen-Dogma von 0,88% weiter anzugreifen und damit auch den SPD-Senat unter Druck zu setzen. Dafür wird u.a. zu der Sitzung des Akademischen Senats mit Bürgerschaftskandidaten am 15. Januar 2015 mobilisiert. Das Studierendenparlament unterstützt die Aktivitäten des Bündnisses gegen den Rotstift für die menschenwürdige Entwicklung der Stadt und bittet den AStA auf weitere Aktionen zum Beginn des nächsten Jahres hinzuarbeiten.

